

Am Erlenberg 14
64285 Darmstadt

An die Stadtverordnetenversammlung der Wissenschaftsstadt Darmstadt

Betrifft: die online-Petition, die ich vorgestern dem Petitionsausschuss des Hessischen Landtags eingereicht habe (s. Anlage).

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Folgenden fasse ich die Petition für die Stadtverordnetenversammlung zusammen:

These: Für das Projekt Lichtwiesenbahn ist zeitlich wie sachlich zu allererst die seit 2013 defensive operierende, die klimapolitisch erforderliche Verkehrswende verzögernde Schienenverkehrspolitik der Hessischen Landesregierung verantwortlich.

- a. Die Landesregierung hat die Förderung der stadtreional durchaus kooperativ und verantwortlich gedachten Schienenprojekte der Stadt Darmstadt in den Osten (Roßdorf) und den Westen (Weiterstadt) und eine allgemein nützliche Schienenverbindung zum TU- Campus Lichtwiese durch das Woogsviertel wegen der inzwischen höchst umstrittenen MIV-affinen Förderkriterien des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) abgelehnt. Bei der Anhörung zur Planfeststellung im Regierungspräsidium am 06.12.2016 hat der Vertreter der HEAG dies noch sehr bedauert (s. Protokoll der Anhörung). Im FRIZZ-Gespräch (März 2019) träumt der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Achenbach von diesen Projekten immer noch – m.E. völlig zu Recht!
- b. Noch nicht bei diesen stadtreional vernünftigen Projekten, sondern erst bei dem stadtreional wie innerstädtisch nachteiligen und entsprechend umstrittenen Projekt Lichtwiesenbahn hat die Landesregierung die MIV-affinen und zutiefst klimaschädlichen Förderkriterien des GVFG infrage gestellt. Jetzt aber nicht demokratisch streitend öffentlich und auch nicht in einer der letzten Verkehrsministerkonferenzen oder im Bundesrat sondern durch die klandestine Manipulation der Nutzen- und Kostenwerte der Lichtwiesenbahn. Der Wahlkämpfer Al Wazir hat mir auf dem Kantplatz auf die Frage nach der klimapolitischen Qualität der NKU-Regeln geantwortet: „Mein Haus arbeitet daran“. D.h. erst 2018 und nicht schon 2013 als die o.g. gut begründbaren Schienenprojekte der Stadt noch möglich gewesen wären.
- c. Defensiv reagiert die neue Koalition in Wiesbaden auch noch auf die planerisch und finanziell überfälligen Pläne der neuen Koalition in Berlin zum regionalen Schienenverkehr (Verdreifachung und Dynamisierung der Bund-Länder-Förderung des GVFG im Zuge der aktuellen Fördera-

lismusreform) und ebenso defensiv zur Aufnahme einer Tunnellösung für den ICE-Knoten FFM. Defensiv und verspätet reagiert sie auch mit dem Ringbahnprojekt für die Stadtregion um Frankfurt. Sie entwickelt keine eigenen, weitergehenden hessischen Positionen zur Schienen-Verkehrswende wie z.B. Ringverkehrslösungen für weitere rasch wachsende Stadtregionen oder eine analoge Tunnellösung für ICE und Güterverkehr durch den Hbf.

- d. Für die breite Verkehrswende, für den Klimaschutz und andere Politikfelder (Wohnen, Landwirtschaft, Freizeit, Arbeitsplatzentwicklung etc.) ebenfalls dringend erforderliche **stadtregionale** Ringbahnstrategien in anderen hessischen Stadtregionen sind von der aktuellen Koalition weder planungs- noch förderpolitisch vorgesehen. Das führt dort zwangsläufig zu Fehlplanungen und Fehlförderungen wie im Fall Lichtwiesenbahn.
- e. Um Darmstadt führt in West, Nord und Ost bereits ein ausbaufähiger Drei-Viertel-Ring der die stadtregionalen Bahntrassen bündelt und zu einem S-Bahn-Ring mit zusätzlichen Stationen und Zubringerbussen für zielgenaue und individualisierte Mobilität erweitert werden könnte. Eben wie bei der o.g. Ringbahn um den Verkehrsknoten Frankfurt. Statt dessen fördert das schienenverkehrspolitisch defensiv operierenden Land mit der ‚Lichtwiesenbahn‘ eine dysfunktional gewordene innerstädtische Sternstrategie, fördert die Benachteiligung der Pendler aus der umgebenden Stadtregion und das auch noch ohne Nutzen für die benachbarten Wohngebiete und ohne Verbindung zur vorhandenen Bahnstation TU-Lichtwiese.
- f. Der Förderbescheid ignoriert überdies wichtige neue technologisch-organisatorisch ÖPNV-Konzepte, die in absehbarer Zukunft Realität sein werden (Elektromobilität; autonome Fahrzeuge; digitale Steuerung von Informations- und Verkehrsflüssen; nutzerfreundliche Call-on-demand-Konzepte; Verzahnung von MIV und ÖPNV mittels semi-öffentlicher Kleinbusse; usw.). Pfadabhängige Investitionen in die Fortschreibung veralteter Verkehrskonzepte müssen daher schon in naher Zukunft als „sunk costs“ abgeschrieben werden.
- g. Zusammengefasst: In Hessen herrscht im Vergleich z.B. zu Baden-Württemberg eine schienenpolitisch nicht zu rechtfertigende Defensive. Statt nun die eigenen klugen Projekte (s.o. FRIZZ-Träumer Achenbach) öffentlich streitend zu verteidigen haben sich Magistrat und last-minute-Magistratsmehrheit im Stadtparlament dieser mutlosen Hinhalte-Strategie gebeugt und bauen brav und wider besseres Wissen eine ineffektive und höchst kritikwürdige Schiene durch den Landschafts-, Wissens- und Skulpturenpark Lichtwiese.

Fazit:

Sehr geehrte Stadtverordnete, ich möchte Sie bitten, die äußerst knappe, vermeintlich ‚pragmatische‘ Mehrheitsentscheidung für die Lichtwiesenbahn nach Eingang des Förderbescheids Ende 2018 noch einmal zu überdenken und die anrollenden Bagger zu stoppen.

Haben Sie Mut und Sinn für komplexe Zusammenhänge:

- Fordern Sie von der Landesregierung bzw. von den Verkehrsagenturen des Landes (Hessen-Mobil, RMV, NNV und RNV)
 - o eine nachhaltige Schienenstrategie für **alle** hessischen Stadtregionen, nicht nur für den Knoten Frankfurt und nicht für einzelne Kommunen;
 - o den Ausbau der zu großen Teilen bereits bestehenden Ringbahn um Darmstadt; im ersten Abschnitt mit einer zweiten Spur vom Ostbahnhof zur Haltestelle TU-Lichtwiese für einen kurz getakteten S-Bahn-Pendelverkehr zwischen Eberstadt und TU-Lichtwiesenthaltestelle mit gewiss nicht höheren Kosten als die der Lichtwiesenbahn;
- Suchen sie die verkehrspolitische Kooperation mit den Parlamenten der Landkreise für eine ‚miniföderale‘, zwischen allen Kommunen und Landkreisen abgestimmte Position der Stadtregion gegenüber dem Land;
- Machen Sie zusammen mit den anderen Parlamenten die Stadtregion zur ‚miniföderalen Schule für Demokratie und Nachhaltigkeit‘ (laut ECHO vom 13.05. hat der OB dazu in Roßdorf schon mal geübt).
- Schließen Sie sich der o.g. Online-Petition an den Landtag an, insbesondere der Forderung nach einer öffentlichen Enquete zur Verkehrswende mit den vorgeschlagenen Fragestellungen.

Machen Sie Darmstadt und die Stadtregion zum Treiber der digitalen Verkehrswende in Hessen.

Mit freundlichen Grüßen, Ihr Eberhard Mühlich